



Nicht mehr nur abschreckend, sondern aktiv gewalttätig (polnischer Soldat an der Grenze zu Belarus, vom polnischen Verteidigungsministerium verbreitetes Bild, 9. November 2012)

MON/HANDOUT VIA REUTERS

Abwehr mit allen Mitteln

Im Konflikt zwischen der EU und Belarus werden Geflüchtete zum Spielball gemacht.

Eine Reportage. Von Magdo Chuchracka, Alicja Flisak und Hanna Grzeńkiewicz

Wie einen Müllsack werfen zwei Offiziere der polnischen Grenzpolizei eine 29jährige schwangere Frau aus dem Kongo über den Grenzzaun zurück auf belarussisches Territorium. Zwei Tage später erleidet sie eine Fehlgeburt. Sie ist nicht die einzige schwangere Geflüchtete, die in diesen Tagen versucht, über die polnische Grenze in die Europäische Union zu gelangen, wie Aktivistinnen vor Ort berichten. Ihnen sind Fälle von Schwangeren bekannt, die schon sechsmal mit Gewalt zurück nach Belarus gebracht wurden.

Rund um die Grenze sind ehrenamtliche Medizinerinnen und Mediziner unterwegs, die versuchen, sich um das Notwendigste zu kümmern. Sie verfügen auch über ein Ultraschallgerät, mit dem sie die Schwangeren untersuchen. Eine der Geflüchteten, die im neunten Monat schwanger ist, klagt über starke Schmerzen und eine Harnwegsinfektion. »Wir wollen, dass die Kinder an einem sicheren Ort geboren werden«, so eine der Ärztinnen. Die Chancen dafür sind denkbar schlecht. Wie Vieh werden die Menschen von der Grenze weggetrieben – egal, ob schwanger oder nicht schwanger. Und das in einem Land, in dem das Verfassungsgericht Abtreibungen mit Rücksicht auf die katholischen Werte de facto verboten hat. Aber der Schutz des ungeborenen Lebens, den die katholischen Heuchler vor sich hertragen wie eine Monstranz, er gilt nur für jene, die weiß und christlich sind.

Freie Hand

Viele der Schwangeren haben Suizidgedanken, berichten die Ärztinnen und Ärzte. Sie verlieren die Hoffnung, denn nach dem Erhalt medizinischer Hilfe, müssen sie wieder in den Wald. Ohne Wasser, ohne Essen, ohne Medikamente. Oft auch ohne Familie und Freunde, die unterwegs verlorengegangen sind oder von den staatlichen Behörden getrennt wurden. Familien mit Gewalt zu separieren ist zwar laut Gesetz illegal.

Aber das interessiert hier längst niemand mehr. Die stellvertretende Pressesprecherin der Grenzschutzabteilung in Podlachien, Hauptmann Krysztyna Jakimik-Jarosz, gibt denn auch ganz offen zu, dass schwangere Personen »in den Grenzstreifen« zurückgeschickt werden.

Der Grenzschutz der Wojewodschaft Podlachien, die im Norden in einem kleineren Teil an Litauen und in ihrem größeren Teil an Belarus grenzt, hat seit Beginn der humanitären Krise Mitte August dieses Jahres keinen einzigen Grenzschutzbeamten wegen Brutalität oder anderer illegaler Praktiken bestraft. Laut Hauptmann Jakimik-Jarosz gab es nicht einmal eine Beschwerde gegen ihre Kolleginnen und Kollegen. Kein Wunder. Innerhalb der Grenztruppen zeigt niemand die eigenen Leute an, und von außen sind die verummten Beamten, die meist auch die Nummernschilder ihrer Fahrzeuge verdecken, nicht zu erkennen. Dass das illegal ist, spielt offenbar keine Rolle. Für die Geflüchteten, die zudem kein Polnisches sprechen, ist es so fast unmöglich, sich über Misshandlungen zu beschweren.

Die Grenztruppen haben völlig freie Hand. Sie können tun, was sie wollen. Ein irakischer Journalist berichtet, dass die Grenzpolizei mit Gummimunition auf die Menschen im Wald geschossen habe. Ein Freund von ihm wurde dabei schwer verletzt. Auch Tote hat es bereits gegeben. »Wir fühlen uns wie Freiwild. Ich weiß nicht, ob ich noch ein Mensch bin. Ich bin zu einem Tier geworden, auf das man Jagd macht. Sie haben mich meiner Menschlichkeit beraubt. Mein Verbrechen ist, dass ich den schlechtesten Reisepass der Welt habe.« »Zweites Irak« nennen manche der Geflüchteten das Niemandsland zwischen Polen und Belarus.

Das »erste Irak«, jenes von westlichen Kriegen und militanten Islamisten verheerte Land, wolen Hunderttausende verlassen, ebenso wie viele andere Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, in denen die Menschen unter unwürdigen Bedingungen, bedroht von Hunger, Armut und Gewalt,

leben. Der Deal der EU mit der Türkei verhindert seit 2016, dass die Menschen über Land nach Europa kommen können. Lange blieb ihnen nur der gefährliche und oft tödliche Weg über das Mittelmeer.

Zur Grenze gebracht

Seitdem der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko von der EU im Anschluss an die mutmaßlich gefälschten Wahlen im August 2020 mit Sanktionen belegt worden ist, hat sich eine neue Möglichkeit aufgetan, dem Elend zu entkommen. Etwa 3.400 US-Dollar (2.935 Euro) kosten der Flug nach Minsk und vier Übernachtungen in einem Hotel, organisiert vom belarussischen Reisebüro »Oskartur«. Schon seit Monaten lässt Lukaschenko Menschen aus Bagdad und Istanbul nach Minsk einfliegen und von dort mit Bussen an die Westgrenze des Landes bringen. Zunächst nach Litauen, jetzt seit einigen Wochen auch an die 300 Kilometer entfernte Grenze nach Polen, wo die belarussischen Grenzschützer die Menschen schließlich in Richtung Grenze treiben. Laut Medienberichten weitet die Regierung in Minsk diese Aktivitäten sogar noch aus. Bis März seien wöchentlich rund 40 Flüge aus Istanbul, Damaskus und Dubai geplant, berichtete die *Welt am Sonntag* am 7. November 2021.

In der knapp 20 Kilometer von der Grenze entfernten 380.000-Einwohner-Stadt Grodno brodeln die Gerüchteküche. Die Geflüchteten seien ein gutes Geschäft, heißt es. Hundert Dollar nehme eine Frau für eine 30-Quadratmeter-Wohnung, die sich zwölf Personen teilen. Verifizieren lässt sich das nicht. Die belarussischen Medien berichten nicht über die Migranten. »Kein unabhängiger Journalist im Land berichtet über das Migrationsphänomen. Auch keine NGO«, sagt Alexej Schota vom lokalen Newsportal *hrodna.life*. Es sei einfach zu gefährlich. Der Website war im September von seiten der Behörden mit der Schließung gedroht worden.

Auf dem Lenin-Platz im Zentrum, zu Füßen des Denkmals des jeden Nationalismus abholden russischen Revolutionärs, liegen die Menschen in Schlafsäcken und zerzausten Mänteln. Rund um den Markt sind viele von ihnen auf der Suche nach wetterfesten Stiefeln und warmer Kleidung. Mit Flip-Flops lässt sich der Weg durch den Wald zur Grenze kaum bewältigen. Und es wird immer kälter. Der Winter ist im Anmarsch, nachts fallen die Temperaturen mitunter bereits unter null Grad Celsius.

Ausnahmezustand erklärt

Am 2. September hat die polnische Regierung entlang der belarussischen Grenze den Ausnahmezustand erklärt. 183 Städte und Dörfer dürfen seitdem nicht mehr betreten werden, öffentliche Versammlungen sind verboten. Hilfsorganisationen können seitdem kaum noch zu den Geflüchteten gelangen, denen der Grenzübertritt gelungen ist. Mit dem Ausnahmezustand einher geht auch eine »Einschränkung des Zugangs zu öffentlichen Informationen über Aktivitäten, die im Gebiet des Ausnahmezustands im Zusammenhang mit dem Schutz der Staatsgrenze und der Verhinderung und Bekämpfung der illegalen Migration durchgeführt werden«, wie es im offiziellen Beschluss heißt. Im Klartext: Journalistinnen und Ärzte, Anwältinnen und Aktivisten müssen draußen bleiben.

In den vergangenen drei Monaten haben die polnischen Behörden mehr als 28.500 Versuche des Grenzübertritts registriert. Laut Berichten von Menschen, die in der gesperrten Zone wohnen, befinden sich dort zur Zeit etwa 3.000 Geflüchtete. Obwohl die Zahl der engagierten Personen nicht genau geschätzt werden kann, da es sich oft um Einzelpersonen handelt, die manchmal einfach Suppe und trockene Klamotten in den Wald bringen, dürften es nur sehr wenige sein. Alle anderen warten außerhalb. »Wir können nur denen helfen, die es schaffen, da herauszukommen«, sagt Marta Gorczyńska, eine Anwältin, die bei der Helsinki



Wie Vieh behandelt. Geflüchtete an der belarussisch-polnischen Grenze. 8. November 2021

IMAGO IMAGES/SNA

Foundation for Human Rights in Polen und in der Grupa Ganica (Grenz-Gruppe) aktiv ist. Und schon das ist schwierig, denn die Helferinnen und Helfer sind vollkommen überlastet.

Zynische Anklage

In den polnischen Medien wird derzeit das Schreckensbild einer anonymen Masse verbreitet, die Polen zu überrennen droht. Über die individuellen Schicksale der Geflüchteten erfährt man in den regierungsnahen und liberalen Medien sehr wenig. Die Aufnahmen von Verhaftungen auf polnischer Seite erinnern an die Bilder von Festnahmen von Mitgliedern krimineller Gruppen. Gleichzeitig versucht der belarussische Sender *Belta News*, den Konflikt weiter anzuhetzen. Der Sender bringt immer wieder Reportagen über die »unhaltbaren Zustände« am Grenzzaun. Die Regierung in Minsk wirft den polnischen Behörden vor, die Menschenrechte der Geflüchteten zu verletzen und die Arbeit von Journalisten zu behindern. Präsident Lukaschenko warnte das Nachbarland am 9. November noch einmal ganz offiziell vor weiteren Provokationen im Grenzgebiet und verwies auf den Schutz von Frauen und Kindern. Die Geflüchteten sind zum Spielball geworden.

Die Grupa Ganica, ein Bündnis von Journalisten und Ärztinnen, Anwälten und Aktivistinnen, fordert von den polnischen Behörden, zumindest Ärztinnen und Rettungssanitäter in die Sonderzone hineinzulassen. Die Gruppe »Medycy na Granicy« (Ärzte an der Grenze) bietet mittlerweile auch telefonische Sprechstunden an, um den Geflüchteten zumindest mit medizinischem Rat zur Seite zu stehen. Mehr als 500 Ärztinnen und Ärzte haben sich dafür gemeldet.

Es hat einige Zeit gedauert, bis auch die größeren Hilfs- und Wohltätigkeitsorganisationen in Polen reagiert haben. Erst in den letzten Tagen hat Polens größte Wohltätigkeitsorganisation »Wielka Orkiestra Swiatecznej Pomocy« (Großes Orchester der Weihnachtshilfe), die jedes Jahr Geld für medizinische Ausrüstung sammelt, »Medycy na Granicy« angeboten, ihre gesamte Ausrüstung zu nutzen. Das Polnische Rote Kreuz hat mittlerweile alle seine Standorte für die Entgegennahme von Spenden geöffnet. Vor knapp zwei Wochen traf die brandenburgische Initiative »Wir packen's an« mit einem ersten Lkw mit Hilfsgütern in Bialystok, der Hauptstadt der Wojewodschaft Podlachien, ein. Am vergangenen Dienstag erreichte ein weiterer Transport sein Ziel. Gemeinsam mit der Initiative »Seebrücke« bemüht sich »Wir packen's an« im

Moment um eine Genehmigung des deutschen Innenministeriums, auf dem Rückweg Geflüchtete mit nach Deutschland nehmen zu dürfen.

Kaum Infrastruktur

Abgesehen davon gibt es bisher im Grenzgebiet nur sehr wenig internationale Unterstützung. Viele der Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort sind aufgrund des Dauereinsatzes ausgebrannt: »Von Tag zu Tag gibt es mehr Arbeit an der Grenze. Die Schicht, die heute um acht Uhr morgens ihren Dienst beendet hat, hat nur eine Stunde lang geschlafen«, berichtete eine Aktivistin vom »Medycy na Granicy« in der vergangenen Woche. Die Situation ist mehr als überfordernd. Die Gruppen vor Ort bitten daher darum, dass Journalistinnen, Ärzte und Anwältinnen an die Grenze kommen, sofern sie es einrichten können. Neben Personal fehle es zudem auch an beheizten Zelten und Feldlazaretten.

Tatsächlich haben die polnische Armee und der Grenzschutz bisher nichts dergleichen aufgebaut, wie kürzlich die Zeitschrift *Krytyka Polityczna* berichtete. Sylwia Urbanska und Przemyslaw Sadura sprachen von »totalem Chaos« an der Grenze: »Der polnische Staat bemüht sich nicht, eine ausreichende Zahl von Durchgangslagern für die Flüchtenden zu organisieren. Statt dessen wurden die entkräfteten Menschen zurück in die Wälder getrieben.«

Die konservative polnische PiS-Regierung unter Mateusz Morawiecki weist derzeit die Verantwortung zurück und dämonisiert die Geflüchteten. Sie treibt dabei dasselbe Spiel wie die Europäische Union. Die Wälder im polnisch-belarussischen Grenzgebiet und die Ausnahmezustandszone sind das Gegenstück zum Mittelmeer, auf dem die Seenotrettung kriminalisiert wird. Da hilft es auch nicht, auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass Lukaschenko die Geflüchteten als Waffe nutzt und ihr Schicksal Belarus vollkommen egal ist. Denn Lukaschenkos »hybrider Krieg«, also der Versuch, die EU mittels gesteuerter Migrationsbewegungen unter Druck zu setzen, funktioniert nur, weil sich die EU in den vergangenen Jahren immer stärker nach außen abgeschottet hat und ihre Migrationspolitik zusehends in sogenannte Drittstaaten auslagert, um Geflüchtete um jeden Preis von ihrem eigenen Territorium fernzuhalten.

Lob von Frontex-Chef

Die »europäische Lösung« der humanitären Katastrophe an der polnisch-belarussischen Grenze mittels Einsatzes der europäischen

»Grenzschutzagentur« Frontex, die von Teilen der parlamentarischen Opposition im Sejm sowie der polnischen Zivilgesellschaft gefordert wird, wirkt dementsprechend, als wolle man den Bock zum Gärtner machen. Denn Frontex wurde nicht gegründet, um Menschen zu retten, sondern Geflüchtete abzuhalten, wie die illegalen »Pushbacks« zeigen, die der Grenztruppe immer wieder vorgeworfen werden. Kein Wunder, dass die Kooperation zwischen den polnischen Behörden und der in Warschau ansässigen Frontex sehr gut zu laufen scheint, auch wenn die Regierung nach wie vor jede Frontex-Aktivität an der Grenze ablehnt, schließlich verfüge man über ausreichend Ressourcen, um der Situation allein Herr zu werden, heißt es aus Warschau. Frontex-Exekutivdirektor Fabrice Leggeri dankte erst kürzlich den polnischen Behörden für die Hilfe bei der Sicherung der östlichen EU-Außengrenze. Er sei beeindruckt von den Mitteln, die bei der Kontrolle der Grenze eingesetzt würden. Man stehe seit Beginn der Krise in einem ständigen Informationsaustausch. Auch die neueste Idee der PiS-Regierung, den Bau einer Mauer entlang der belarussischen Grenze, hieß Leggeri gut. Das passt ins Bild. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bzw. des Schengen-Raums haben seit den 1990er Jahren bereits mehr als tausend Kilometer Mauern errichtet, um Geflüchtete auf ihrem Weg nach Europa abzuhalten.

Die polnische Regierung nutzt die Situation an der belarussischen Grenze zudem, um ihre eigene politische Agenda voranzutreiben. So bereitet sie unter dem Deckmantel des »hybriden Krieges« ein »Gesetzes zum Schutz des Vaterlandes« vor und plant, die Militärausgaben weiter zu erhöhen. Vizeministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hat bereits eine »radikale Stärkung der Streitkräfte« angekündigt. Polen gehört schon jetzt zu den wenigen Ländern, die das NATO-Ziel, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Militärzwecke auszugeben, erreichen. Bis 2030 will Warschau die Ausgaben sogar auf bis zu 2,5 Prozent des BIP anwachsen lassen. Rassismus und Militarismus sind auch in diesem Fall zwei Seiten derselben Medaille.

Die grausamen Bilder von der Grenze haben immerhin dazu geführt, dass in Polen erstmals eine zaghafte Promigrationsbewegung in Gang gekommen ist. In Warschau und Krakau gingen in den vergangenen Wochen immer wieder Menschen unter dem Motto »Stopt die Folter

an der Grenze« auf die Straße. Es steht zu hoffen, dass diese Bewegung größer wird, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen.

Keine Lösung in Sicht

Die Geflüchteten haben sich indes organisiert. Am Sonntag, dem 7. November, versammelten sich Tausende fünf Kilometer vor der Grenze auf der Höhe von Grodno. Am Montag, dem 8. November, schlossen sich weitere Gruppen aus Minsk und Brest an. Gemeinsam liefen sie entlang der Autobahn in Richtung der polnischen Grenze – begleitet vom belarussischen Militär – und versuchten, diese zu überqueren. Die polnischen Grenzschützer antworteten mit Tränengas. Auch über Schüsse in die Luft wurde berichtet. Unabhängig bestätigen lässt sich das nicht. Aber einige Geflüchtete haben das Vorgehen der polnischen und belarussischen Grenztruppen gefilmt.

An der Grenze sind mittlerweile 12.000 Soldaten zusammengezogen worden. Nach Bedarf könnten mehr mobilisiert werden, heißt es aus Warschau. Man wolle Lukaschenko Paroli bieten, komme was wolle. Das sieht auch EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen so. Am 8. November forderte sie zusätzliche Sanktionen gegen Lukaschenko. Im zynischen Diplomatenslang äußerte sie, man wolle eine humanitäre Katastrophe verhindern und sich für eine »sichere Rückkehr« der Menschen einsetzen. Das litauische Parlament in Vilnius hat derzeit ebenfalls einen zunächst auf einen Monat befristeten Ausnahmezustand an der Grenze zu Belarus beschlossen. Das Sterben an der EU-Außengrenze wird also weitergehen.

■ Magdo Chuchracka ist queere Aktivistin und lebt in Berlin. Angestellt ist sie an der Goethe Universität in Frankfurt am Main. Sie beschäftigt sich mit Queer Theory, Gender Studies, Feminismus, Medien- und Politikwissenschaft.

■ Alicja Flisak ist Aktivistin und Sozialistin und lebt in Berlin. Sie ist Soziologin und arbeitet in der Internationalen Abteilung der Partei Die Linke.

■ Hanna Grzeskiewicz ist Aktivistin und lebt in Berlin. Sie schreibt und forscht zu den Themen soziale Bewegungen, Osteuropa, Feminismus, und Musik/Kultur.

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

And der Front. Der Kampf der Polisario gegen Marokko

Reportage von Jörg Tiedjen